

Geheimdienste

Russische Spionin offenbar freigekauft

Die größte deutsch-russische Spionageaffäre seit dem Mauerfall nimmt eine spektakuläre Wendung: Heidrun Anschlag, wegen Agententätigkeit im Auftrag Moskaus im Sommer 2013 zu fünfjährigem Gefängnis verurteilt, ist auf freiem Fuß und in ihre Heimat zurückgekehrt. Sie wurde vorvergangene Woche aus der Haft entlassen und ausgewiesen. Dabei dürfte die Agentin des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR Hilfe aus Moskau erfahren haben: Um freizukommen, musste sie ungefähr eine halbe Million Euro bezahlen. Das hatte das Oberlandesgericht Stuttgart ihr und ihrem ebenfalls verurteilten Mann gesamtschuldnerisch auferlegt. Die Summe entspricht dem geschätzten Agentenlohn der beiden. Hinzu kommen Prozesskosten. In Sicherheitskreisen hieß es, es sei „nicht anders vorstellbar“, als dass Moskau das Geld zur Verfügung gestellt habe. Dass die Anschlag ihr Privatvermögen dafür eingesetzt haben, wird als unwahrscheinlich angesehen. Andreas und Heidrun Anschlag hatten über 20 Jahre in der Bundesrepublik spioniert. Die Frau konnte nun ausgewiesen werden, da sie über die Hälfte ihrer Freiheitsstrafe verbüßt hat. Ihr Mann, der zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt wurde, sitzt noch im Gefängnis. **fs**

ADAC

Kompletter Umbau

Der ADAC, Europas größter und einflussreichster Automobilklub, steht nach diversen Skandalen offenbar vor tiefgreifenden Veränderungen. Um den steuerbegünstigten Vereinsstatus zu retten, plant der ADAC, sein verschachteltes Unternehmensimperium komplett umzubauen und von der Vereinstätigkeit zu trennen. Der

kommissarische ADAC-Präsident August Markl soll ein Modell favorisieren, das eine weitreichende Kontrolle durch Externe vorsieht. Geplant ist demnach die Umwandlung der bestehenden ADAC-Firmenholding BuW in eine Aktiengesellschaft. Der Verein ADAC wird daran nur noch 74,9 Prozent der Anteile besitzen und nicht mehr 100 Prozent wie derzeit an der BuW. Minderheitsgesellschafterin der AG mit Sperrminorität, einem aktienrechtlichen Vetorecht, soll eine neu zu gründende ADAC-Stiftung werden, in deren fünfköpfigem Stiftungsrat mindestens zwei externe Mitglieder sitzen sollen. In die Stiftung würden künftig auch die Überschüsse aus den Mitgliedsbeiträgen fließen,

die nicht für die reguläre Vereinsarbeit benötigt werden. Mit dem Geld sollen vor allem Forschungsprojekte finanziert werden, die im Interesse der Allgemeinheit liegen, etwa zur Verkehrssicherheit oder zu neuen Mobilitätskonzepten. Der Reform müssen



die einflussreichen Regionalclubs auf der Hauptversammlung am 6. Dezember noch zustimmen. Die ADAC-Spitze hofft damit auch, ein positives Signal für das Amtsgericht München zu setzen. Das Gericht prüft seit Monaten, ob der ADAC noch die Voraussetzung für den Vereinsstatus erfüllt oder als milliardenschwerer Wirtschaftskonzern zu betrachten ist, mit angeschlossenen Automobilklub. Ein ADAC-Sprecher will die Umbaupläne im Detail nicht kommentieren. Es seien „verschiedene Modellentwürfe entwickelt“ worden. Sie sollten „dem neuen Leitbild des ADAC bezüglich einer erforderlichen und sinnvolleren Trennung zwischen Vereins- und Wirtschaftsaktivitäten besser Rechnung tragen“. **was**

Kohlekraftwerk
Jämschwalde



Kohleausstieg

Ärger mit Stromkonzernen

Die deutschen Energiekonzerne fühlen sich von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) brüskiert. Noch vor wenigen Tagen hatte Gabriel öffentlich erklärt, ein gleichzeitiger Ausstieg aus der Atom- und aus der Kohleenergie sei nicht möglich. Nun hat der Minister die deutschen Energieversorger für diesen Montag nach Berlin geladen, um über die Abschaltung von Kohlekraftwerken zu verhandeln. Mit einem Gesetz will Gabriel dafür sorgen, dass die fossilen Kraftwerke ihre CO₂-Emissionen um jährlich mindestens 4,4 Millionen Tonnen von 2016 bis 2020 reduzieren. So steht es in der Einladung, die am vergangenen Montag an die Konzerne RWE, E.on, Vattenfall, Steag, EnBW und Thüga erging. Den Konzernen rechnet er vor, dass sie

„mit mindestens 22 Millionen Tonnen CO₂ zum Ziel der Bundesregierung beitragen müssen, schädliche Klimagase einzusparen. Wie sie die Minderung erzielen, bleibt den Versorgern zwar freigestellt. Praktisch läuft die Vorgabe aber darauf hinaus, Kohleleimer abzuschalten. Gleichzeitig sollten einige Kraftwerke als sogenannte „Kapazitätsreserve“ einsatzbereit gehalten werden. Für diese Leistung würden die Unternehmen Geld von den Stromkunden bekommen. Gabriel will in Absprache mit Konzernen und Gewerkschaften dafür sorgen, dass „der Strukturwandel sozialverträglich gestaltet wird“. Die Chefs der Energiekonzerne drohen mit Milliardenklagen, falls sie gezwungen würden, Kraftwerke ohne Entschädigung zu schließen. **fdo, gt, kn**